

schen Katholikentags zu kommen, brauchte man nicht besonders viel kreative Phantasie zu investieren. Schließlich wurde schlicht das Leitwort des letzten Katholikentags *fortgeschrieben*. Das Aachener Treffen im Herbst 1986 stand unter dem Motto „Dein Reich komme“; für Berlin wurde die darauffolgende Vaterunserbitte ausgewählt. Gleichgültig, wie das Leitwort endgültig aussehen wird, es dürfte nicht leicht sein, aus der Vaterunserbitte „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden“ Funken zu schlagen.

Mit dem Himmel tun sich die Christen (nicht zuletzt auch die Theologen unter ihnen) heute ausgesprochen schwer. Der Himmel als eschatologische Wirklichkeit steht quer zu der alltäglichen Profanität unserer Lebenswelt, an der die Christen teilhaben, aber auch zu vielem, was sich heute an mystischen und kosmisch-religiösen Sehnsüchten äußert. In der Sprache der säkularisierten Gesellschaft hat der Himmel immer noch seinen Platz (man denke nur an *Wim Wenders* Film „Der Himmel über Berlin“), aber gerade deswegen wird man bei der Ausdeutung und Ausfaltung der Leitthematik für Berlin einige Sorgfalt walten lassen müssen.

Nur: Wie wichtig sind überhaupt Leitthemen und -worte für den Katholikentag? In den Augen des Veranstalters hat der „rote Faden“ für die Großtreffen erhebliche Bedeutung. Bei den letzten Katholikentagen wurde jeweils sehr viel Mühe darauf verwandt, das Motto theologisch zu vertiefen, es als *die* entscheidende Botschaft an Kirche und Gesellschaft herauszustellen, möglichst viele Programmpunkte mit dem Leitwort in Beziehung zu setzen. Aber diese Bemühungen nahmen sich teilweise ziemlich *angestrengt* und *künstlich* aus und gingen über die Köpfe sehr vieler, wahrscheinlich der meisten Teilnehmer hinweg. Für das Ereignis „Katholikentag“ mit seinen vielfältigen thematischen Angeboten, seinen Gottesdiensten und Begegnungsmöglichkeiten spielt ein Leitwort erfahrungsgemäß keine besonders große Rolle. Wer heute an die letzten Katholikentage zurückdenkt, wird sich an die

eine oder andere Veranstaltung oder an die Atmosphäre erinnern, aber wohl kaum an das Motto von Düsseldorf oder München.

Man braucht deshalb auf ein Leitwort nicht zu verzichten, ebensowenig wie auf ein Signet oder auf eine Programmstruktur, die nicht nur einfach Veranstaltung zu Veranstaltung stellt, sondern von einem Grundgedanken ausgehend einige große Linien sichtbar machen möchte. Aber sich auf das Leitwort bzw. auf die Durchstrukturierung des Programms nach einer Leitthematik zu sehr zu kaprizieren, hat wenig Sinn. Ob die Debatte über das Berliner Leitwort deshalb so intensiv war, weil man mit der Denkpause nach Aachen nicht so furchtbar viel anzufangen wußte? ru

Nachhall

Der Bundesvorstand des BDKJ tritt zurück

Ein personeller Wechsel hätte dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend auch ohne den Rücktritt seines Bundesvorstandes auf der Hauptversammlung in Altenberg ins Haus gestanden: Die Amtszeiten der Bundesvorsitzenden *Gertrud Casel* und von Bundespräses *Peter Bleeser* liefen aus. Der *Anlaß*, der den dritten im Bunde, *Lothar Harles*, zu seinem Rücktritt bewog – dem sich dann Bleeser und Casel ihrerseits aus Solidarität anschlossen –, ist obendrein vergleichsweise geringfügig: Von einigen Mitgliedsverbänden war Harles vorgehalten worden, er habe eine frühere Entschließung zum Verhältnis von Wehr- und Zivildienst nicht ausreichend im Sinne der beschlußfassenden Hauptversammlung in der Öffentlichkeit vertreten.

Wenn der Rücktritt des BDKJ-Vorstandes auch überraschend kam (im November soll ein neuer Vorstand gewählt werden, bis dahin ist der alte Vorstand kommissarisch weiter im Amt), so kam er dennoch in einem für die Lage der Jugendverbände insgesamt sowie die des BDKJ speziell be-

zeichnenden Zeitpunkt. Einzelne Mitgliedsverbände des BDKJ sind seit geraumer Zeit bemüht, ihr eigenes Profil stärker herauszustreichen. Sie möchten damit angesichts der Krisensituation unter den Jugendverbänden dem erlittenen Gewichtsverlust und Mitgliederschwund entgegenwirken. Die Arbeit einer Dachorganisation wie des BDKJ muß in dieser Situation naturgemäß schwieriger werden.

Sowohl nach innen wie nach außen, so etwa im Rahmen der Mitarbeit im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, ist der BDKJ gehalten, integrierend zu wirken bzw. sich zum Dialog mit möglichst vielen bereit zu halten. Weil er zu einer gewissen Konsensbildung bzw. einer Vereinheitlichung der im Spektrum der Jugendverbände vertretenen Meinungen beitragen muß, wird er in einigen seiner Mitgliedsverbände schon als ein lästiger Hemmschuh bzw. gar als Anachronismus betrachtet. Die Diskussion um eine denkbare *Abschaffung des BDKJ* bzw. seine Herabstufung zur bloßen *Arbeitsgemeinschaft* weist in dieselbe Richtung. Soweit ist es bislang noch nicht gekommen. Den Mitgliedsverbänden ist aber erst vor zwei Jahren gegenüber den BDKJ-Diözesanverbänden ein größeres Gewicht eingeräumt worden – die zum Inkrafttreten dieser Satzungsänderung notwendige *Zustimmung der Bischofskonferenz* steht allerdings noch aus.

Die Vorstellungen auf der einen wie auf der anderen Seite führen im Falle der Jugendverbände zum gleichen Ergebnis: Mit z. T. kräftiger kirchenamtlicher Unterstützung kommt es mancherorts zur Gründung neuer jugendverbandlicher Gruppierungen, während man an anderer Stelle vom lockeren Netzwerk der Basisinitiativen und Projektgruppen im Jugendbereich träumt. Als ein Hindernis auf dem Weg zum pluralen Angebot von sich deutlicher unterscheidenden Jugendverbänden erweisen sich indes bislang noch die Verbände selbst. Diese sind bis heute – auch wenn das Verhalten ihrer Spitzen möglicherweise anderes vermuten läßt – keineswegs eindeutig ausgerichtete *Meinungsverbände*. Sollte auf die Dauer eine Entwicklung weiter in diese Richtung gewollt sein,

wäre dies ohne einen zusätzlichen Funktionsverlust in den Diözesen und Pfarreien, aber auch bei dem dann zur Arbeitsgemeinschaft zurückgestutzten BDKJ auf Bundesebene wohl nicht zu haben.

Auf jeden Fall können Strukturdebatten dieser Art nicht überdecken, daß die sich zuspitzende Konkurrenzsituation zwischen den BDKJ-Mitgliedsverbänden und der BDKJ-Leitung nur entfernter Nachhall einer sehr viel tiefer greifenden *Krise der kirchlichen Jugendarbeit* ist. In einigen Diözesen ist die kirchenamtliche Jugendarbeit von der verbandlichen bereits getrennt worden. Der Grund dafür war nicht nur Unzufriedenheit mit der inhaltlichen Ausrichtung der Verbände, sondern auch die Tatsache, daß die Verbände mehr und mehr nur zu einer Organisationsform von Jugendlichen in der Kirche neben anderen geworden sind. Klöster, geistliche Bewegungen und andere lokale Initiativen sind als „Anbieter“ hinzugetreten.

Auf längere Sicht ist es nicht entscheidend, ob die bestehenden Verbände bzw. ihr Dachverband in der bestehenden Form erhalten bleiben. Neue gesellschaftliche und kirchliche Rahmenbedingungen erfordern möglicherweise auch neue Strukturen. Wichtig ist nur, daß über Gruppierungen, wie es die (Jugend-)Verbände waren und z.T. noch sind, die gesellschaftsdiakonische Präsenz der Kirche auf die Dauer wieder gestärkt werden kann.

Einrede

Englische Kirchenführer kritisieren die Sozialpolitik der Regierung

Die Frage, ob, wann und mit welchem Recht sich die christlichen Kirchen zu politischen Angelegenheiten äußern sollen bzw. dürfen, steht derzeit vor allem in Großbritannien auf der Tagesordnung. Anlaß des Streits ist die „christliche Herausforderung für den Thatcherismus“ (so die Überschrift eines Kommentars der katholischen Wochenzeitung „The Tablet“

vom 23. April): Nicht nur anglikanische, auch katholische Kirchenführer haben sich in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den jüngsten sozial- und wirtschaftspolitischen Beschlüssen der Regierung Thatcher (Steuerreform, Reform der Sozialhilfe, Reform der Gemeindesteuer) kritisch zu Wort gemeldet. Der schon in früheren Jahren als *enfant terrible* des anglikanischen Episkopats hervorgetretene Bischof von Durham, *David Jenkins*, geißelte in einer Rundfunkansprache zu Ostern die Sozialpolitik der Regierung von Margret Thatcher als „böseartig“. Aber auch vom katholischen Erzbischof von Liverpool, *Derek Worlock*, kamen kritische Bemerkungen zur gegenwärtigen Sozialgesetzgebung, und Kardinal *Basil Hume* erinnerte die Regierung in einer vielbeachteten Predigt an ihre soziale Verantwortung und beklagte in der englischen Gesellschaft „besorgniserregende Zeichen“ wie Indifferenz gegenüber den Armen und den Ausfall moralischer Sensibilität.

Der Kardinal kam auch auf den Kern der Auseinandersetzung zu sprechen: Er verteidigte das Recht der Kirche, zur sozialen Verantwortung des Staates Stellung zu nehmen, und betonte, dabei handle es sich nicht um eine Abirrung aus dem geistlichen in den weltlichen Bereich. Es könne keine strenge und absolute Demarkationslinie zwischen dem Menschlichen und dem Göttlichen geben. Bezeichnenderweise hatte ein konservativer Abgeordneter (er ist auch Mitglied der Generalsynode der Kirche von England) Bischof Jenkins nach seiner Osteransprache vorgehalten: „Die Schafe blicken auf ihren Hirten, aber sie werden anstatt mit Geistlichem nur mit Weltlichem abgespeist.“ Ein anderer Vertreter der Konservativen Partei gab zu Protokoll, Kirchenführer hätten an Ostern von der Liebe Gottes zu sprechen – und nicht von „profanen“ Dingen.

Daß die Debatte um das politische Mandat der Kirche gerade in Großbritannien so heftig und so kontrovers ausgetragen wird, kommt nicht von ungefähr. Die Regierung Thatcher geht bei der Beschneidung vermeintli-

cher oder wirklicher sozialstaatlicher Auswüchse wesentlich rigorosere als andere westeuropäische Regierungen, sie setzt besonders unverbrämt auf die Förderung des Unternehmergeistes, auf Wettbewerb und Selbsthilfe und nimmt dabei eine Verschärfung der sozialen Gegensätze in Kauf. Die Kirchen müssen sich angesichts dieser Entwicklung zur Stellungnahme herausgefordert fühlen. Dabei kommt natürlich vor allem die *Kirche von England* in Schwierigkeiten, weil von ihr als „established church“ vielfach weit eher moralische Hilfestellungen für den einzelnen und Traditionsverwaltung erwartet werden als kritische Einreden zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der „Regierung ihrer Majestät“. Erzbischof *Robert Runcie* von Canterbury ist deshalb seit Jahren Zielscheibe konservativer Vorwürfe. Auch wenn die Spannungen in Großbritannien aus den genannten Gründen besonders deutlich hervortreten: Es handelt sich beileibe *nicht nur um ein englisches Problem* (daß es nicht nur um ein spezielles Problem der Church of England geht, zeigt die Tatsache, daß anglikanische und katholische Kirchenführer weithin parallel argumentieren). Auch in der Bundesrepublik gibt es immer wieder Stimmen, die den Kirchen mehr oder weniger direkt und massiv raten, doch bei ihren Leisten zu bleiben, sich um das Seelenheil der Gläubigen zu kümmern und die „vorletzten Dinge“ den dafür zuständigen Politikern und Wirtschaftsführern zu überlassen. Aber auch hierzulande gilt: Wenn die Kirchen ihrem Auftrag treu bleiben, dürfen sie sich diesen Schuh nicht anziehen, können sie sich diese schlichte Sicht der Dinge nicht zu eigen machen. Daß kirchliche Amtsträger und Gremien die nötige Sachkenntnis nicht durch die Berufung auf den Beistand des Heiligen Geistes kompensieren können, versteht sich von selbst. Hier müssen sie sich der kritischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit stellen. Aber sie sind nicht Sachwalter einer vagen Transzendenz, die sich mit allem und jedem auf Erden verträgt, sondern Vertreter einer Botschaft, die Urteilsmaßstäbe und Perspektiven für politische Gestaltung liefert.